



Herrn
Dr. Rainer Wend, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit
Platz der Republik 11

11011 Berlin

Elberfelder Str. 77
42853 REMSCHEID
Postfach 10 03 62
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-21
Telefax 0 21 91/4 38-79
e-mail fwi@werkzeug.org
Internet www.werkzeug.org

13. Februar 2004
L/Re

"Kein Problem am Standort Deutschland"

Sehr geehrter Herr Dr. Wend,

während der aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zu Opel und Karstadt a, 12.10.04 ist uns Ihr Plädoyer für den deutschen Mittelstand positiv aufgefallen.

Wir teilen Ihre Ansicht, daß dieser Mittelstand durch eine langfristig ausgelegte Investitionspolitik, die nicht nur auf kurzfristigen Gewinn schießt, und durch Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung für die deutsche Gesellschaft ein Wettbewerbsvorteil war und ist.

Unser Verband vertritt 140 dieser Mittelständler.

Und aus der Sicht genau dieser Mittelständler müssen wir Ihnen sagen, daß der Tenor der Aussage der SPD-Fraktion in dieser Debatte „Wir haben kein Problem am Standort Deutschland“ uns geradezu gespenstisch vorkam.

Unsere mittelständischen Mitglieder haben ein **riesiges** Problem, hier am Standort Deutschland zu überleben und international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Hier einige Fakten, die man unseres Erachtens zur Kenntnis nehmen muß:

1. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland betrug innerhalb von 10 Jahren + 15%, zum Vergleich die USA: 65%
2. Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, zu dem unsere Mitglieder gehören, sind seit 1991 um 15,1% zurückgegangen.
3. Weil Werkzeugverbrauch
a) konjunkturabhängig ist, und b) das verarbeitende Gewerbe der größte Werkzeugverbraucher ist, ist die deutsche Werkzeugindustrie von 1991 bis 2000 um 13% gewachsen, die amerikanische um 75%.

4. In 2003 sind ca. 40.000 Mittelständler insolvent geworden, was der Vernichtung von ca. 500.000 Arbeitsplätze entsprechen dürfte.
5. Westdeutschland hat die kürzeste Jahres- und Wochenarbeitszeit der Welt.
6. Dies entstand dadurch, daß die Arbeitszeit über 30 Jahre lang immer mit vollem Lohnausgleich verkürzt worden ist, aber auch durch die u. a. hohen Lohnnebenkosten hat Deutschland die höchsten Lohnstückkosten der Welt.
7. Während dies die Großindustrie, die durch hohe Automatisierungs-, niedrige Fertigungstiefe etc. Personalkosten von durchschnittlich 15% vom Umsatz hat, noch tolerieren kann, wird der Mittelstand in dieser Schere
 - international zu hoher Kosten
 - zu niedrigen Wirtschaftswachstums
 - von zu viel Bürokratiesystematisch zermahlen.
8. Die Werkzeugindustrie beispielsweise hat eine Personalkostenquote von ca. 40% vom Umsatz.
9. Kleinere und mittlere Unternehmen haben auch angesichts ihrer kleinen Größe nicht die Möglichkeit, in Vertrieb, Beschaffung und Fertigung so stark zu internationalisieren wie die großen. Insofern gibt die Entwicklung des Mittelstands die wahren Probleme des Standorts Deutschland **ungefiltert** wieder.

Die Wahrheit ist daher in unseren Augen:

Deutschland hat ein erhebliches Standortproblem für jeden, der sich hier wirtschaftlich betätigen will.

Der deutsche Mittelstand, durch den Deutschland einmal das Land des Wirtschaftswunders war, der immer noch 70% aller Arbeitsplätze und 80% aller Lehrstellen stellt, wird systematisch zerstört und aufgerieben.

Dies geschieht überwiegend durch Unverständnis für die Bedürfnisse und Probleme des Mittelstands. Hierzu zwei aktuelle Beispiele:

1. General Motors, VW und Daimler Chrysler zeigen, wie durch den Druck internationaler Konzerne jetzt auch die Macht der Gewerkschaften ausgehebelt werden kann.
Die meisten Mittelständler sind aber tarifgebunden und haben de facto keine Chance gegenüber Riesengewerkschaften, bessere Konditionen auszuhandeln: Hier wird weiter 35 Stunden gearbeitet. Nach deutschem Tarifrecht wirken selbst beim Austritt aus dem Tarifvertrag die alten Konditionen nach.
Eine Änderung des Günstigkeitsprinzips könnte hier Chancengleichheit herstellen, denn jetzt zahlen just die kleinsten Unternehmen in personalintensiven Branchen die höchsten Tarife und werden im internationalen Wettbewerb daran zugrunde gehen.

2. Antidiskriminierungsgesetz:

Die EU-Richtlinie war für den Mittelstand schon eine Katastrophe. Was jetzt im 139-seitigen Entwurf daraus entstanden ist, wird den Mittelstand in Deutschland erheblich belasten.

Während die EU nur die Rasse und ethnische Herkunft vor Diskriminierung schützen will, wollen wir es in Deutschland noch auf Alter, sexuelle Orientierung und Behinderung ausweiten.

Bei Großkonzernen wird dies zu einer Ausweitung der Personalabteilungen führen, die vor der kommenden Klagewelle vorbeugen, indem eine saubere Dokumentation angelegt wird, aus welchem Grund wer eingestellt, entlassen, abgemahnt, höher oder niedriger vergütet wird.

Stellen Sie sich das in einem 10-Mann-Betrieb vor, in dem die Frau des Inhabers am Wochenende die Personalbuchhaltung macht!

Wenn sich dieser Mittelständler aber nur ein oder zwei Klagen "einfängt", ist er voraussichtlich insolvent.

Wir kommen zum Schluß:

Wir bedanken uns für Ihr Bekenntnis zum sozialpartnerschaftlich arbeitenden Mittelstand.

Bitte helfen Sie uns, indem Sie gerade auch in Ihrer Partei das Verständnis dafür herstellen, was dieser Mittelstand braucht, um Deutschland wieder nach vorn bringen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e. V.

Der Geschäftsführer



Langelüddecke

für die Unternehmer und Beschäftigten der deutschen Werkzeugindustrie